

Stellungnahme



Stellungnahme des DGB Baden-Württemberg

Kai Burmeister
Vorsitzender

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtages Baden-Württemberg Handlungsfeld: ökonomische Aspekte von Krisen

Grundsätzliches

Bei der Frage, wie die Widerstandsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft gestärkt werden kann, braucht es den Blick in die Vergangenheit wie in die Zukunft. Die Pandemie mit Schulschließungen, überlasteten Intensivstationen und gerissenen Lieferketten liegt hinter uns. Doch weder ist Covid-19 verschwunden, noch ist die nächste Pandemie erst in Jahrzehnten zu erwarten. Der schon anderthalb Jahre dauernde russische Angriffskrieg in der Ukraine belastet die Wirtschaftsströme und treibt vor allem die Lebensmittel- und Energiepreise. Zudem stellt er die baden-württembergischen Kommunen vor immense Herausforderungen bei der Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten.

Beim Blick in die Zukunft zeichnet sich ab: Die Herausforderungen werden wachsen, die Komplexität nimmt zu. Ob im Handwerk, im verarbeitenden Gewerbe, im Dienstleistungssektor - überall in Baden-Württemberg werden sich gewaltige Veränderungen vollziehen. Der Fachkräftemangel nimmt zu, die Folgen der alternden Gesellschaft müssen ebenso bewältigt werden wie der anhaltende Zuzug von Menschen nach Baden-Württemberg. Die erwähnten Ausnahmesituationen der jüngeren Zeit machen die Bewältigung der strukturellen Herausforderungen zusätzlich schwieriger. Die demokratischen Parteien sind gefordert, den Bürger*innen zu vermitteln, dass sie tragfähige Konzepte zur Bewältigung von Krisen und strukturellen Herausforderungen haben. Alle Demokrat*innen müssen den zerstörerischen Absichten der Rechtsradikalen und den gefährlichen Verschwörungsmythen entschieden entgegentreten: mit Transparenz, der Orientierung am Gemeinwohl und einer Politik, die die Lebenswirklichkeit der Menschen verbessert.

Als DGB ist unser Leitbild für Baden-Württemberg eine starke Wirtschaft *und* eine gute Daseinsvorsorge. Der sich beschleunigende ökonomische Wandel wird nur gelingen, wenn keiner zurückgelassen wird. Deshalb pocht der DGB

1. September 2023

Kontaktperson:

Andrea Gregor
Pressesprecherin

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Baden-Württemberg**
Willi-Bleicher-Str. 20
70174 Stuttgart
Telefon: 0711 2028-213
Telefax: 0711 2028-250

andrea.gregor@dgb.de
www.bw.dgb.de

auf Gerechtigkeit im Wandel: bei der Transformation der Industrie, der Energie- und Verkehrswende und der Bewältigung der Pandemie genauso wie in der Wohnungs- und Bildungspolitik.

Dem Staat kommt dabei eine gestaltende wie auch umverteilende Rolle zu. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ihrerseits über Tarifpolitik mehr Verteilungsgerechtigkeit durchsetzen, immer wieder auf die verteilungspolitischen Defizite hinzuweisen und den Staat zur Korrektur aufzufordern. In der Krise hat die soziale Ungleichheit zugenommen. Die Spaltung in Arm und Reich gefährdet in letzter Konsequenz unsere Demokratie. Auf Regierungsebene gibt es im Bund keinen Konsens, wie der stark konzentrierte Reichtum wirkungsvoll zum Nutzen der Allgemeinheit herangezogen werden kann. Aus Baden-Württemberg gibt es von Seiten der Landesregierung zwar immer wieder Vorschläge zu einer gerechteren Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Es fehlt jedoch ein zielgerichteter Vorstoß gemeinsam mit anderen Ländern, um auf Bundesebene finanzpolitisch etwas zu bewegen. Instrumente, um hohe Vermögen zur Finanzierung dringender gesamtgesellschaftlicher Aufgaben heranzuziehen, sind eine Übergewinnsteuer, eine tatsächliche Erbschaftssteuer sowie eine – verfassungskonforme - Vermögensteuer. Auch mit einem einmaligen Lastenausgleich könnten wichtige Zukunftsinvestitionen finanziert werden.

Konkret schlagen wir drei Handlungsfelder vor, auf denen die Landesregierung im Schulterschluss mit den Sozialpartnern tätig werden sollte, damit Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit und Klimaschutz wird. Gelingt dies, ist das zugleich eine wirkungsvolle Vorbereitung auf künftige Krisen- und Ausnahmesituationen.

1. Für ein neues Miteinander von Markt und Staat
2. Für mehr öffentliche und private Investitionen
3. Für mehr Mitbestimmung und Demokratie in der Wirtschaft

Die Handlungsfelder

1. Für ein neues Miteinander von Markt und Staat

Deutschland hat die Pandemie wirtschaftlich besser als andere Länder bewältigt, weil der Staat mit milliardenschweren Hilfsprogrammen Insolvenzen und Massenarbeitslosigkeit verhindert hat. Gleiches gilt für die ökonomischen Verwerfungen, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst hat. So haben etwa das Energiegeld sowie die Strom- und Gaspreisbremsen verhindert, dass es zu noch größeren sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen gekommen ist. Dennoch sind viele Beschäftigte über die soziale Spaltung besorgt und

Wirtschaftswissenschaftler*innen rufen lautstark nach mehr Kraftanstrengungen, um die über Jahrzehnte angestauten strukturellen Herausforderungen zu lösen. Der Weckruf gilt der deutschen wie der europäischen Politik (siehe Bofinger, Peter; Dullien, Sebastian et. al. 2023). Der DGB Baden-Württemberg teilt diese Auffassungen weitgehend.

Gegenwärtig bereiten die schwachen Konjunkturaussichten und die Auslandsnachfrage Sorgen. Dank erfolgreicher Tarifabschlüsse ist die Binnennachfrage eine wesentliche Stütze der Konjunktur. Gleichwohl muss die Wirtschafts- und Industriepolitik Antworten finden auf stockende private Investitionstätigkeiten von in- und ausländischen Investoren sowie Produktionsverlagerungen ins Ausland. Auch die Erfolge anderer Bundesländer bei der Ansiedelung von industriellen Großprojekten sollte nachdenklich machen. Es gilt, mögliche Investitionshemmnisse wie hohe Boden- und Immobilienpreise oder eine teilweise unzureichende Digitalinfrastruktur zu analysieren. Geschlossene Bürgerämter, defizitäre Krankenhäuser und schlecht ausgestattete berufliche Schulen zeigen, dass Land und Kommunen in vielen Fällen nicht mehr leistungsfähig sind. Das Mantra vom schlanken Staat hat sich als der falsche Weg erwiesen. Personalabbau im öffentlichen Dienst, Vernachlässigung der landeseigenen Gebäude, der Verkauf von landeseigenen Wohnungen – all dies hat die Attraktivität Baden-Württembergs geschmälert.

Ein besonderes Augenmerk möchten wir auf die Industriepolitik legen: Nirgends im deutschen und europäischen Vergleich hat die Industrie einen solch hohen Anteil an der Wirtschaftskraft wie im Südwesten. Ein solcher Spitzenplatz muss jedoch immer wieder aufs Neue aktiv verteidigt werden. Andere Volkswirtschaften fordern uns gewaltig heraus. Die USA haben mit dem Inflation Reduction Act ein milliarden schweres Investitionsprogramm für ihre Wirtschaft beschlossen.

Aussagen wie „Der Markt regelt das schon“ und „der Staat soll nicht als Unternehmen agieren“ sind in Zeiten, in denen immense Kraftanstrengungen zur Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen unternommen werden müssen, ein gefährlicher Irrweg.

Mehr Gestaltungswille ist das Gebot der Stunde, wenn es um die Zukunftsfähigkeit der hiesigen Leitindustrien rund um Mobilität, Maschinenbau, Pharma und Medizintechnik geht. Beide müssen sich ins Zeug legen: Unternehmen und Staat, wenn die Dekarbonisierung der Industrie gelingen soll. Private und öffentliche Investitionen müssen sich ergänzen, damit ökologische Produkte und klimaschonende Produktionsverfahren zum Standard werden. Eine

beschäftigungsorientierte Industriepolitik muss so ausgerichtet sein, dass gesellschaftlich dringend erforderliche Investitionen getätigt werden können. Sie dürfen nicht daran scheitern, dass sie sich betriebswirtschaftlich zunächst nicht rentieren.

Solche Rechnungen lassen sich vielfach aufmachen: für den Aufbau von Ladestationen, die Batteriezellenfertigung, für KI-Anwendungen zur Ressourcenschonung, für die Entwicklung recyclingfähiger Werkstoffe, für die Gebäudetechnik und – last but not least – zur Weiterbildung von Beschäftigten. Denn kluge Köpfe sind der wertvollste Rohstoff, den wir haben. Die ökologische Erneuerung bietet die Chance auf viele qualifizierte neue Arbeitsplätze.

Die Energiewende ist das Fundament, auf dem eine klimaneutrale Industrie steht. Windräder müssen in großer Stückzahl viel schneller genehmigt und aufgestellt werden. Photovoltaik gehört auf jedes öffentliche Gebäude und auf jedes Fabrikdach. Die grüne Wasserstoffwirtschaft braucht die nötigen Pipelines.

Die im internationalen Vergleich sehr hohen Strompreise drohen industrielle Produktion insbesondere in energieintensiven Branchen erheblich zu verteuern. Es drohen dann Standortverlagerungen oder Produktionseinstellungen. Das Land Baden-Württemberg soll sich in Berlin und Brüssel für wettbewerbsfähige Industriestrompreise einsetzen und dies mit ökologischen Zielen verbinden.

Genauso muss der Blick auf internationale Wirtschaftsbeziehungen gerichtet werden. Als starkes Exportland ist der Südwesten auf tragfähige Beziehungen Deutschlands sowohl zu den USA als auch zur Volksrepublik China angewiesen. Eine Eintrübung des Verhältnisses zu China hätte spürbar negative Folgen für die Südwestwirtschaft. Der britische Ökonom Adam Tooze (2022) warnt zu Recht, dass ein „Umschwenken vom Energiekrieg mit Russland zu einem Handelskrieg mit China ökonomisch gesehen der Worst Case“ wäre. Das derzeitige Exportmodell wird auch von Sebastian Dullien, dem wissenschaftlichen Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), hinterfragt, wonach auch mit Blick auf die Folgen der Coronakrise „in den kommenden Jahren mit einer gewissen Deglobalisierung zu rechnen“ sei (Dullien 2021, S.2). Die starke Störanfälligkeit der internationalen Lieferketten ist tatsächlich eine Schattenseite der globalen Arbeitsteilung. Dullien prognostiziert deswegen eine „Renationalisierung oder Reregionalisierung von Lieferbeziehungen“ (ebd. S. 1). Der DGB unterstützt diesen Ansatz.

Wenn offene Märkte und grenzenlose Globalisierung unter Druck geraten, ist das zunächst einmal als ein Risiko für die Industriestrategie des Südwestens zu

werten. Es kommt darauf an, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Benötigt wird zum einen eine eigene Industriepolitik, die die Energieversorgung zuverlässig absichert und zugleich die Energiewende vorantreibt. Gleichzeitig muss die Technologie- und Produktionsabhängigkeit von den Vereinigten Staaten und von Asien durch eine eigene technologische Basis rund um vor Ort lokalisierte Batteriezellfabriken und IT-Kompetenz begrenzt werden. Dies bedeutet keine Abwendung von globalen Märkten, sondern vielmehr eine zukunftsfähige Neuaufstellung.

In Ergänzung dazu braucht es eine gestärkte Binnenkaufkraft - mit steigenden Entgelten und mehr Tarifbindung - sowie mit höheren öffentlichen und privaten Investitionen vor Ort. Der Lösungsweg der höheren öffentlichen Investitionen mit Schwerpunkten in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur, die auch entsprechende private Folgeinvestitionen auslösen würden, wird allerdings durch die rigide Haushaltspolitik sowie eine hinderliche EU-Gesetzgebung blockiert. Im Folgenden schlagen wir Modelle vor, wie die nötigen Zukunftsinvestitionen finanziert werden können.

2. Für mehr öffentliche und private Investitionen

Baden-Württemberg braucht weiterhin Innovationen, wenn es eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas bleiben will. Das beinhaltet auch, in den Groß- und Universitätsstädten leistbaren Wohnraum für Innovatoren und Gründer zu schaffen: Auszubildende, Studierende und junge Beschäftigte anzuwerben, die sonst ihre Ideen woanders umsetzen.

Auch strukturpolitisch müssen die richtigen Weichen gestellt werden: Mit einem „Green New Deal“, der ökologische und soziale Perspektiven zusammenbindet, kann die Transformation der Schlüsselindustrien gelingen. Auch für eine gelingende Klima-, Energie- und Verkehrswende, den Wohnungsbau und die Ertüchtigung der Krankenhäuser sind deutlich höhere öffentliche Zukunftsinvestitionen erforderlich. Diese werden mit dem Dogma der „schwarzen Null“ allerdings nicht erreichbar sein.

Wenn Baden-Württemberg wettbewerbsfähig bleiben will, muss stärker in eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur investiert werden, d. h. in Schulen- und Hochschulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Wohnungen, Krankenhäuser, Schienen und die Sanierung von Straßen, den Breitbandausbau sowie in Windkraft und Solaranlagen.

Das KfW-Kommunalpanel 2021 führt bei den baden-württembergischen Gemeinden erhebliche Investitionsrückstände im Umfang von insgesamt 13 Milliarden Euro auf. Genannt werden u. a. der öffentliche Personennahverkehr, Verwaltungsgebäude, die Abfallentsorgung und ein klimaneutraler Wohnungsbau. Der Rückstand bei den Krankenhausinvestitionen, die ganz überwiegend vom Land aufzubringen sind, beträgt für den Zeitraum 2015 bis 2019 insgesamt 1,5 Milliarden Euro (Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, BWKG, 2021). Die Finanzierungsprobleme spitzen sich zu. Bis Jahresende rechnet die BWKG mit einem Defizit von 620 Millionen Euro (BWKG, 2023).

Den Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei den Hochschulen hat die Landesregierung auf 5,9 Milliarden Euro beziffert (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, 2019).

Das kleine und ebenfalls industriell geprägte Saarland hat die Zeichen der Zeit erkannt und einen kreditfinanzierten Transformationsfonds in Höhe von drei Milliarden Euro aufgelegt. Für Baden-Württemberg schlagen wir einen ähnlichen Fonds mit einem Volumen zwischen 30 und 35 Milliarden Euro vor, damit der Sprung ins klimaneutrale Zeitalter gelingt und die Infrastruktur umfassend modernisiert werden kann. Dies wäre auch ein Konjunkturprogramm für den baden-württembergischen Mittelstand.

Bei der Finanzierung eines solchen Fonds sollten neue Kredite kein Tabu sein. Zusätzlichen Schulden stünden neue, langlebige Werte gegenüber, wie Strom- und Wasserstoffleitungen und eine moderne digitale Infrastruktur. Baden-Württemberg soll flexibel alle Spielräume nutzen, um in- und außerhalb der Schuldenbremse höhere Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Ein solcher Fonds könnte als Anstalt des öffentlichen Rechts schuldenbremsenneutral ausgestaltet werden und die Umsetzung der Klima-, Energie- und Verkehrswende bündeln.

Öffentliche Hilfen werden nur dort gewährt, wo Betriebe Investitionen in die Transformation, die bestehenden Standorte und tarifgebundene Arbeitsplätze zusagen.

Mehr Bildungsgerechtigkeit muss finanziert werden

Die Coronapandemie hat die Defizite der Schulen beispielsweise hinsichtlich der Rückstände in der Digitalisierung schonungslos offengelegt. Der häufige Unterrichtsausfall und das Fehlen flächendeckender Ganztagsangebote sind besorgniserregend.

Das Schulsystem im Land ist angesichts der Investitionsrückstände und der unzureichenden Personalausstattung seit Langem strukturell unterfinanziert. Die

Erhöhung der Bildungsinvestitionen und die Verbesserung der personellen Ausstattung sind die entscheidenden Hebel zu mehr Qualität im öffentlichen Bildungswesen.

Für eine zielgerichtete Fachkräfte- und Qualifizierungspolitik

Jahrzehntlang leistete sich die Gesellschaft den „Luxus“, Menschen auszusieben und sich bei der Fachkräftegewinnung auf die vermeintlich „Guten“ zu konzentrieren. Dieser Ansatz ist gescheitert. Fachkräftemängel in Baden-Württemberg haben ihre Ursache auch in den Versäumnissen der Aus- und Weiterbildungspolitik von Arbeitgebern, Kammern und Staat. Dazu zwei alarmierende Befunde: Nur noch die Hälfte aller Betriebe in Baden-Württemberg ist überhaupt ausbildungsberechtigt. Lediglich jeder fünfte Betrieb im Lande bildet noch aus (BIBB 2021).

Zudem ist die Berufsausbildung mit erheblichen Mängeln behaftet: Nur die Hälfte der Auszubildenden bewertet die fachliche Qualität der Berufsschule mit „sehr gut“ oder „gut“, und mehr als ein Drittel aller Auszubildenden weiß kurz vor Ende der Berufsausbildung nicht, ob der Ausbildungsbetrieb sie übernimmt. Der DGB Baden-Württemberg hat dazu eine Studie zur Situation der Auszubildenden vorgelegt (DGB Ausbildungsreport Baden-Württemberg 2022).

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind 17 Prozent der Menschen in der Altersgruppe zwischen 35 und 45 Jahren in Baden-Württemberg ohne jedweden beruflichen oder akademischen Abschluss. Diese Personen drohen mit steigenden oder wechselnden Kompetenzanforderungen in der Transformation beruflich den Anschluss zu verlieren. Wir müssen die Ausbildungen für die Transformation fit machen, weil sich ganze Berufsfelder wandeln. Hier helfen keine Schmalspurausbildungen, sondern es braucht zukunftsfähige Ausbildungsberufe mit Perspektiven. Dafür benötigen wir Investitionen in Ausbildungswerkstätten und den Einsatz moderner Lehr- und Lernmittel.

Angesichts der Herausforderungen, in der Fachkräfte- und Qualifizierungspolitik die Transformation erfolgreich zu meistern, muss auch die Landesregierung aktiv werden. Sie sollte in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur mögliche Fachkräftebedarfe in bestimmten Berufen, Branchen bzw. Regionen identifizieren und gemeinsam mit den Sozialpartnern Problemlösungen entwickeln und umsetzen.

Dringend erforderlich sind dauerhafte Initiativen zur Gewinnung und Qualifizierung von mehr Fachkräften für die frühkindliche Bildung und die Pflege - mit hin für diejenigen Branchen, für die die öffentliche Hand selbst Verantwortung

als Arbeitgeber und für die Aus- und Weiterbildung trägt. So fehlen allein bis 2023 mehr als 12.000 Fachkräfte für die Ganztagesförderung aller Grundschulkinder im Land (siehe Bertelsmann Stiftung 2022).

Die Gewerkschaften unterstützen die Forderung der Bertelsmann Stiftung, das Land müsse gemeinsam mit allen Verantwortlichen eine langfristige Fachkräfteoﬀensive auf den Weg bringen.

Baden-Württemberg sollte mit einem - wie von der Landesregierung im Koalitionsvertrag angekündigten - Qualifizierungseinkommen berufliche Mobilität und Sicherung ihrer Beschäftigungsfähigkeit ermöglichen.

3. Für mehr Mitbestimmung und Demokratie in der Wirtschaft

Der wirtschaftliche Wandel ist umfassend und betrifft alle Beschäftigten, daher sollten auch alle Beschäftigten mitgestalten können. Mit der „Politik des Gehörtwerdens“ hat die Landesregierung gute Erfahrungen gemacht. Mehr Beteiligung muss es auch in den Betrieben und Verwaltungen geben. In diesem Sinne fordern wir die Landesregierung auf, die betriebliche Mitbestimmung zu stärken, indem sie aktiv für die Gründung von Mitbestimmungsgremien wirbt.

Wirtschaftliche Veränderungsprozesse werden dann erfolgreich sein, wenn sie von den Beschäftigten aktiv beeinflusst werden können. Der DGB hat einen Vorschlag für die überfällige Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes gemacht, über den in der Bundespolitik zu entscheiden ist (DGB 2022). Hierfür wollen wir jedoch auch die Abgeordneten aus Baden-Württemberg als Unterstützer*innen gewinnen. Die Maxime lautet: Je größer Veränderungen sind, desto wichtiger ist es, dass sie gemeinsam mit den Menschen umgesetzt werden und nicht über ihre Köpfe hinweg.

Betriebsräte müssen die Transformation mitgestalten können, sie müssen Qualifizierung und Beschäftigungssicherung mitbestimmen können und dafür angemessen bezahlt werden. Betriebsratsgründungen müssen erleichtert werden.

Der Reformvorschlag des DGB setzt sechs Schwerpunkte:

1. Neuregelungen, die ermöglichen, mit besseren Mitbestimmungsrechten Umweltschutz und Gleichstellung im Betrieb, inklusive Entgeltgerechtigkeit, voranzubringen.
2. Reformen, um mit mehr Mitbestimmung u.a. bei Weiterbildung und Personalplanung für sichere Beschäftigung in Zeiten von Digitalisierung, ökologischem Umbau der Wirtschaft und weiterer Globalisierung zu sorgen.

3. Mitbestimmung, um Persönlichkeits- und Datenschutz am Arbeitsplatz angesichts völlig neuer digitaler Kontrollpotenziale zu gewährleisten.
4. Reformen, damit betriebliche Mitbestimmung in zunehmend international und hochkomplex organisierten Unternehmen nicht faktisch ausgehebelt werden kann. Ergänzend auch eine Reform des „Tendenzschutzes“, der bislang betriebliche Mitbestimmung u.a. in kirchlichen Einrichtungen und kirchennahen Unternehmen sehr weitgehend ausschließt.
5. Reformen, die Beschäftigten über spezielle Zeitkontingente und bessere Absicherung individueller Rechte zur Meinungsäußerung auch mehr individuelle Mitsprache bei der Arbeit ermöglichen. Dazu gehört auch, Gruppen wie Leiharbeiter*innen oder arbeitnehmerähnliche Arbeitskräfte besser als bisher in die betriebliche Mitbestimmung einzubeziehen.
6. Reformen, um Betriebsratswahlen zu erleichtern, Arbeitgeberschikanen gegen Betriebsratsgründungen wirksam einen Riegel vorzuschieben und Betriebsräte zu stärken.

Zum Verfahren

Der DGB Baden-Württemberg bedankt sich für die Gelegenheit zu Stellungnahme zum Handlungsfeld „ökonomische Aspekte von Krisen“ und steht den Abgeordneten selbstverständlich als Ansprechpartner zur Verfügung. Zudem möchten wir auf die Stellungnahmen unserer Mitgliedsgewerkschaften ver.di und GEW verweisen.

Quellen:

- Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) Pressemitteilung, 09.05.2023 (<https://www.bwkg.de/presse/pressemitteilung/news/bwkg-defizituhr-zeigt-defizite-aller-krankenhaeuser-in-baden-wuerttemberg-seit-dem-01012023/>)
- Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, Pressemitteilung, 28.04.2021 (<https://www.bwkg.de/presse/pressemitteilung/news/bwkg-zu-den-aussagen-des-aok-vorstandsvorsitzenden-zu-krankenhausinvestitionen-und-zur-zentralisieru/>)
- Bock-Famulla, K., Girndt, A., Vetter, T., & Kriechel, B. (2022). Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2022. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh
- Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2022.
- Bofinger, Peter, Dullien, Sebastian et. al.:
Neustart - Eine Agenda für Wachstum, Investitionen und Transformation auf den Weg bringen
- Bundesinstitut für Berufsbildung, Datenreport 2021 (https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a2_tab_a7_1-7_Internet_2021.pdf)
- Deutscher Gewerkschaftsbund:
Betriebliche Mitbestimmung für das 21. Jahrhundert. Gesetzentwurf für ein modernes Betriebsverfassungsgesetz. Arbeit und Recht Sonderausgabe April ISSN 0003-7648 April 2022, 70. Jahrgang
- Deutscher Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg, Abteilung Jugend:
Ausbildungsreport 2022, Stuttgart 2023
- Dullien, Sebastian: Nach der Corona-Krise:
Die nächste Phase der (De-)Globalisierung und die Rolle der Industriepolitik, IMK Policy Brief Nr. 100, Januar 2021, Düsseldorf
- KfW-Research (Christian Raffer/ Hendrik Scheller):
Kommunalpanel 2021, KfW-Bankengruppe, Frankfurt am Main 2021
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst,
Antwort auf den Antrag der FDP/DVP-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag, Drucksache 16 / 5613, 30.01.2019, [16_5613_D.pdf \(landtag-bw.de\)](https://www.landtag-bw.de/dokumente/16_5613_D.pdf)
- Tooze, Adam: Neue Nato, alte Rezepte. Für eine strategische Autonomie Europas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 8 (2022), S. 41 bis 47